Der Berg der Asylgesuche wird höher und höher

Autor(en): **Lettau, Marc**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **39 (2012)**

Heft 2

PDF erstellt am: **31.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-911185

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Der Berg der Asylgesuche wird höher und höher

Die Schweiz bekommt die Bürgerkriegswirren in Afrika und die Kehrseite des «arabischen Frühlings» zu spüren: Seit Monaten ist der Zustrom von Flüchtlingen sehr hoch. Das erhitzt die politische Debatte.
Von Marc Lettau

Monat für Monat nennt das Bundesamt für Migration neue, hohe Zahlen – Zahlen, hinter denen Menschen stehen, die in der Schweiz um Asyl nachsuchen. Im Januar 2012 reisten so viele Asylsuchende ein, wie seit zehn Jahren nicht mehr: Gut 2600 stellten einen Asylantrag. Mit Abstand am meisten Gesuche stellten Menschen aus dem bürgerkriegsgeplagten Eritrea. Viele von ihnen haben Chancen, als Flüchtlinge anerkannt zu werden. An zweiter Stelle stehen Roma aus Serbien, die ihr Glück versuchten. Für sie liegt die Wahrscheinlichkeit, in der Schweiz bleiben zu dürfen, praktisch bei null. Ähnlich aussichtslos sind die vielen Asylgesuche junger Tunesier, die ihre Heimat auf der Suche nach der besseren Zukunft verlassen haben. Diese arbeits- und perspektivelosen Verlierer des demokratischen Aufbruchs in Nordafrika gelten ebenfalls als nicht bedroht und verfolgt.

Vier Monate statt vier Jahre

Für die Schweiz ist dieser Zustrom von Flüchtlingen eine Prüfung, denn das Asylwesen ist auch ohne Rekordzahlen gefordert – weil im Umbruch. So suchen die Behörden derzeit nach Wegen, die unbefriedigend langen Asylverfahren zu straffen. Die Abklärungen, ob ein Asylsuchender als Flüchtling anerkannt wird und in der Schweiz bleiben darf, dauern im Durchschnitt rund vier Jahre. Solch lange Fristen verursachen zusätzliches Leid: Für Migrantinnen und Migranten mit schulpflichtigen Kindern beispielsweise bedeutet die nach Jahren des Wartens verfügte Ausreise oft eine erneute Entwurzelung. Justizministerin Simonetta Sommaruga (SP) möchte deshalb Verfahren, die nicht mehr als vier Monate dauern. Im Gegenzug will sie den Rechtsschutz der Asylsuchenden stärken. Darauf reagiert insbesondere die SVP mit Unverständnis und bewirtschaftet das Thema, indem sie zahlreiche Massnahmen zur Verschärfung des Asylrechts vorschlägt.

Debattiert wird auch darüber, Asylgesuche künftig nur noch in der Schweiz entgegenzunehmen, nicht aber in den schweizerischen Botschaften im Ausland. Weniger Gesuche wären die Folge. Allerdings würde dieser Schritt besonders jene in schweren Bedrohungssituationen treffen. Die Sozialdemokraten sagen, Botschaftsgesuche könnten das Schlepperwesen eindämmen, erfolge doch die erste Triage der Gesuche bereits vor Ort. Die Debatte über Botschaftsgesuche beinhaltet zudem ein heikles Kapitel Vergangenheitsbewältigung: Erst letztes Jahr wurde publik, dass unter Justizminister Christoph Blocher Tausende von Botschaftsgesuchen irakischer Antragsteller wissentlich schubladisiert worden sind – im Widerspruch zum geltenden Gesetz.

Wer will die Asylbewerber?

Der Zustrom von Asylsuchenden führt nicht nur in der Politik, sondern auch im Alltag zu Reibungen. Insbesondere die Suche nach Unterkünften für Asylsuchende gestaltet sich immer schwieriger. In den Debatten über konkrete Projekte für Asylunterkünfte prallen die humanitäre Tradition der Schweiz und die verbreitete, latente Furcht vor Fremden aufeinander. Das führt zu sehr gegensätzlichen Bildern: Einmal werben Gemeindepräsidenten vereint für eine gemeinsame Asylunterkunft zur Linderung der Not, so geschehen im sankt-gallischen Ebnat-Kappel. Andernorts, in Bettwil im Kanton Aargau, wehrt sich eine Gemeinde mit einer von Fremdenangst geprägten Rhetorik gegen alle Pläne für eine Unterkunft.

In einem Empfangszentrum

Erhitzt ist die Debatte auch, weil sich verschiedene Entwicklungen überlagern. Derzeit ist die legale Zuwanderung aus der Europäischen Union, insbesondere aus dem Osten der EU, hoch. Einen Zusammenhang zwischen der Zuwanderung als Folge der Personenfreizügigkeit (2011: 75 000 Zuwanderer) und dem Zustrom von Asylsuchenden (2011: 22 500 Gesuche) gibt es freilich nicht. Immer stärker verknüpft werden auch Asylpolitik und Entwicklungshilfe. Rechtsbürgerliche Parteien verlangen, Länder, die ihre Wirtschaftsflüchtlinge nicht zurücknehmen, mit dem Entzug jeglicher Entwicklungshilfe zu bestrafen. Justizministerin Sommaruga ist zwar willens, mit Staaten, die Hilfe aus der Schweiz empfangen, über die Rückübernahme abgewiesener Asylsuchender zu verhandeln. Grundsätzlich lehnt der Bundesrat «die generelle, strikte und negative Konditionalität ab», wie das Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) auf Anfrage festhält. Die Forderung, die Entwicklungshilfe immer und überall von der Kooperationsbereitschaft des betroffenen Landes bei der Migrationspolitik abhängig zu machen, sei «in der Regel kontraproduktiv» und treffe «primär die notleidende Bevölkerung und nicht die unkooperativen Regierungen». Das sieht Nina Schneider, Entwicklungshilfespezialistin bei der Organisation Alliance-Sud gleich. Sie sagt: «Die Chance ist gross, dass Kürzungen für asylpolitisches Fehlverhalten genau diejenigen Armutsbekämpfungsprogramme treffen, die den Migrationsdruck lindern helfen.»

MARC LETTAU ist Redaktor der «Schweizer Revue».

Foto: Adrian Moser